



Protokollauszug

aus der
öffentliche/nichtöffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung
der Landeshauptstadt Potsdam
vom 04.07.2001

öffentlich

**Top 6.3 Asylbewerberleistungsgesetz
01/SVV/0490
ungeändert beschlossen**

Sitzungsleitung:

Stellvertretende Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung Frau Knoblich

Entsprechend den beschlossenen Änderungen in der Tagesordnung erfolgt anschließend die Behandlung des Tagesordnungspunktes 43., DS 01/0490.

Dazu erhält Frau Anette Flade das beantragte Rederecht. Frau Flade äußert sich in ihrer Funktion als Ausländerseelsorgerin des Kirchenkreises Potsdam zum Asylbewerberleistungsgesetz und zur Praxis des Einkaufs auf der Grundlage von Wertgutscheinen durch Flüchtlinge.

Antrag zur Geschäftsordnung:

Der Stadtverordnete Kruschat, Fraktion >Die Andere<, beantragt namens der Antragstellerinnen:

Abstimmung der DS 01/0490 ohne Debatte.

Abstimmung:

Der o. g. Geschäftsordnungsantrag wird

mit Stimmenmehrheit angenommen.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt:

Die Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam fordert die Landesregierung auf:

- den Runderlass zur Durchführung des Asylbewerberleistungsgesetzes so zu ändern, dass die gesetzlichen Möglichkeiten ausgeschöpft werden, um die Gewährung von Geldleistungen zu ermöglichen.
- eine Initiative zur bundesweiten Abschaffung des Sachleistungsprinzips in Gang zu bringen.

Abstimmungsergebnis:

mit Stimmenmehrheit angenommen.